

"Neuer Auftrieb für Europa" in Die Zeit (2. Juni 1955)

Quelle: Die Zeit. 02.06.1955, n° 23. Hamburg. "Neuer Auftrieb für Europa", auteur:Reichelt, W.-O. , p. 8.

Urheberrecht: (c) W.-O. Reichelt

URL: http://www.cvce.eu/obj/neuer_auftrieb_fur_europa_in_die_zeit_2_juni_1955-de-b4e9a277-odb4-4180-a2e6-f08acac2ff9d.html

Publication date: 07/11/2016



Neuer Auftrieb für Europa

Erhard und Etzel haben sich zusammengerauft

In die Europapolitik ist wieder Bewegung gekommen. Die Schwäche der Zeit um die Jahreswende ist überwunden. Neue Vorschläge und breitgelagerte Aktivität kennzeichnen die jüngste Situation. Mehrere Ereignisse sind zu registrieren, die aufeinander abgestimmt sind und zu einem Optimismus berechtigen. Jean Monnet, der bisherige Präsident der Hohen Behörde, hat in einem Schreiben an die Regierungen der sechs Mitgliedstaaten mitgeteilt, daß er im Amt bleiben würde, wenn die Regierungen zustimmen würden. Er hat weiter wissen lassen, daß die Gründe seines damaligen Rücktritts nicht mehr stichhaltig seien. In den letzten Monaten hätten besonders die Benelux-Staaten eine Reihe von Vorschlägen über die Weiterführung der europäischen Integration vorgelegt, die er für ausgezeichnet halte. (Ob allerdings sich die französische Regierung mit der Nominierung Monnet einverstanden erklären wird, ist zur Stunde mehr als fraglich. Gemäß einer Erklärung von Edgar Faure werden die endgültigen Vorschläge Frankreichs erst nach vorheriger Sondierung der Meinungen der anderen Montan-Union-Länder während der Sizilien-Konferenz formuliert werden. In unterrichteten Kreisen rechnet man mit einer Nominierung von René Mayer.)

In Luxemburg hörten wir, daß nach dem anfänglichen Ärger über *zwei Reden des Bundeswirtschaftsminister Erhard* nun wieder volle Übereinstimmung erreicht sei, Monnet auch die deutschen Vorschläge mit „sichtlicher Freude“ zur Kenntnis nahm und sie positiv bewertet. Minister Erhard hatte sich sowohl in Stuttgart vor der deutschen Industrie wie in Brüssel *scharf gegen die Integrationspolitik der Hohen Behörde gewandt*. Darüber hat es umfangreiche Auseinandersetzungen mit der Hohen Behörde gegeben. *Jetzt* hat Erhard seine damaligen Reden auf der *Jahresversammlung der Wirtschaftsvereinigung der Eisen- und Stahlindustrie e.V.* in Düsseldorf *in einer geradezu sensationellen Weise kommentiert*. Vizepräsident Frans Etzel sagte zu uns im Anschluß daran, angesprochen auf den offensichtlichen Stimmungswandel: „Es liegt ein guter Sonntag dazwischen.“

Dieser „gute Sonntag“ enthielt jene Auseinandersetzungen, von denen Franz Etzel bei einer Tischrede in der Düsseldorfer Rheinterrasse sagte: „Wir haben uns in langen Besprechungen zusammengerauft. *Es besteht jetzt wieder Übereinstimmung zwischen Bonn und Luxemburg* hinsichtlich der Politik, die man zur Vereinigung Europas verfolgen muß.“ Jean Monnet formulierte in seinem Brief: „Die europäische Politik der Montan-Union-Staaten hat einen neuen Auftrieb erhalten.“

Am 1. Juni treten in Taormina auf Sizilien die Außenminister der Schumanplan-Länder zusammen, um die Präsidentenfrage zu regeln. Gleichzeitig werden dort, wie Erhard jetzt andeutete, *konkrete Pläne über die Bildung einer Wirtschaftsunion* unter den Partnerstaaten erörtert.

Was darunter zu verstehen ist, entwarf der Bundeswirtschaftsminister auf der Montantagung in Düsseldorf etwa wie folgt: „Der Versuch, mit *neuen Teilintegrationen* den europäischen Gemeinschaftsgedanken vorwärtszutreiben, ist mir *zu wenig für Europas Zukunft*. Ich will mehr, viel mehr.“ Die europäischen Regierungen müßten, so meinte er weiter, *der Höhen Behörde* neue Verantwortungen geben und die sechs Partner zu einer viel engeren Verbindung bringen als bisher. Die Montan-Unions-Politik der vergangenen Jahre sei über jede Kritik erhaben. Sie habe bereits so positive Auswirkungen gehabt wie keine andere völkerverbindende Institution vorher. In Luxemburg kranke man nur an den Disharmonien der nationalen Wirtschaften. Diese müsse man überwinden. Dazu würden aber nicht nur ökonomische Integrationen verhelfen. Diese reichten für die Zukunft Europas nicht aus. Es habe sich gezeigt, daß wirtschaftliche Verständigungen allein nicht imstande sind, den politischen Frieden der Völker zu sichern. Aber auch eine rein politische Integration genüge nicht und müsse Schiffbruch erleiden, wenn ihr nicht im wirtschaftlichen Bereich entsprechende Bausteine zugeliefert werden. — Um diese Bausteine geht es.

Erhard kündigte an, daß wohl sehr bald ein *Ständiger Ausschuß zur Koordinierung der wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen*, etwa nach dem Beispiel des Ständigen Koordinierungsausschusses für die Rüstung, in Paris gebildet werde. Dabei müsse ein System verwirklicht werden, das ein Höchstmaß von Freizügigkeit (etwa wie bei der OEEC) gewährleistet, das die Wirtschaftspolitik der sechs Länder vereinheitlicht, eine gemeinsame Zollpolitik nach außen hin vorsieht, freie Austauschbarkeit der Währungen

gegenüber dritten Ländern anstrebt und somit *die Wege zu einer echten Wirtschaftsunion ebnet*.

Franz Etzel kommentierte in einem Gespräch mit uns dieses neue Programm für Europa dahin, daß angestrebt werde, der Hohen Behörde die neun Befugnisse in der Form eines höchsten Koordinierungsausschusses zu übertragen. Dies wäre u.E. ein durchaus richtiger Weg. Die guten wie die bitteren Erfahrungen, die die Hohe Behörde in den letzten Jahren gemacht hat, werden dann beitragen, auch in einem größeren Rahmen fruchtbare Arbeit zu leisten. Jedes Streben nach Großraum und jedes Vorwärtstkommen auf diesem Wege wirkt sich segensreich für die Zukunft aus. Wie sehr gerade die westdeutsche Eisen- und Stahlindustrie die große Linie der vergangenen Montan-Unions-Politik schätzt, obwohl die Mehrzahl der wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu Lasten der deutschen Seite gegangen sind, faßte der Vorsitz der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl, *Dr. Gerhard Schröder*, in die Worte zusammen:

„Die europäische Zielsetzung der Montan-Union steht außer Frage. Die deutsche Eisen- und Stahlindustrie bekennt sich immer wieder erneut zu dem Gedanken der westeuropäischen Zusammenarbeit. Wir dürfen der Hohen Behörde bescheinigen, daß sie *sich von den anfangs befürchteten dirigistischen Maßnahmen* in Eisen und Stahl *erfreulicherweise weitgehend zurückgehalten hat*. Dem Bemühen der Hohen Behörde um die Interessen von Kohle und Stahl gelten unsere besten Wünsche. Wir sind ehrlich bemüht, unsere Kritik nicht im Negativen zu erschöpfen, sondern sie durch Mitarbeit möglichst positiv zu gestalten. Wir freuen uns, wenn wir demnächst *auf Grund des Assoziierungsvertrages mit Großbritannien* Gelegenheit haben, auch vielleicht mit der englischen Industrie zu einem ähnlichen guten Gedankenaustausch zu kommen, wie wir ihn jetzt mit den benachbarten Produzenten haben.“

W.-O. Reichelt